

# Rumänische Neutralität im zweiten Weltkrieg

Autor(en): **Bonjour, Edgar**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera**

Band (Jahr): **35 (1985)**

Heft 2

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-80946>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# RUMÄNISCHE NEUTRALITÄT IM ZWEITEN WELTKRIEG

Von EDGAR BONJOUR

Nach dem Ersten Weltkrieg war Rumänien zum Nationalitätenstaat Grossrumänien geworden, mit dem weitesten Flächenumfang und der höchsten Einwohnerzahl unter den Staaten Südosteuropas. Seine Politik neigte den Westmächten zu, denen es seine Vergrößerung verdankte; ein Bündnis verband es mit dem angrenzenden Polen. Aber nach dem Anschluss Österreichs an Deutschland suchte sich Rumänien dem nationalsozialistischen Dritten Reich zu nähern und schloss mit ihm am 23. März 1939 einen weitgehenden Wirtschaftsvertrag ab. Es wandte sich aber keineswegs von den Westmächten ab, sondern nahm am 13. April sogar eine britisch-französische Garantieerklärung an. König Carol II., durchaus die Schlüsselfigur der rumänischen Politik, setzte auf dem Weg einer offenen Volksabstimmung eine neue Verfassung durch, welche die Stellung der Krone wesentlich verstärkte. Er löste die politischen Parteien auf, liess die Führer der oppositionellen «Eisernen Garde» verhaften, gründete die «Front der nationalen Wiedergeburt» und machte sich zum Diktator des Landes<sup>1</sup>.

Wie würde sich Rumänien, das Verbindungen nach so vielen Richtungen unterhielt, in dem zwischen Deutschland und Polen ausbrechenden Krieg verhalten, fragte man allgemein. Aussenminister Grigori Gafencu<sup>2</sup> betonte einem deutschen Diplomaten gegenüber, der soeben abgeschlossene deutsch-russische Nichtangriffspakt werde es Rumänien erleichtern, neutral zu bleiben<sup>3</sup>. An der Ehrlichkeit dieser Worte zweifelte der Schweizer Gesandte René de Weck<sup>4</sup>: «Qu'il l'ait dit, cela est fort vraisemblable; qu'il le

1 GOTTHOLD ROHDE, *Die südeuropäischen Staaten von der Neuordnung nach dem I. Weltkrieg bis zur Ära der Volksdemokratien*. Handbuch der Europäischen Geschichte, hg. von Theodor Schieder, Bd. 7, Stuttgart 1979, S. 1134ff. mit dem dort angegebenen reichen Schrifttum.

2 Gregori Gafencu (1892–1957), rumänischer Aussenminister 1938–1940, hatte in der Schweiz seine Bildung erhalten (Glarisegg und Universität Genf) und war mit mehreren Schweizern befreundet. – CARL J. BURCKHARDT, *Memorabilien*. München 1978. S. 126ff.

3 Der schweizerische Geschäftsträger Friedrich Werner Zuber an den Vorsteher des Eidgenössischen Departements Giuseppe Motta, Bukarest 26. August 1939. Politischer Bericht Nr. 15. Sämtliche in diesem Aufsatz zitierten Akten stammen aus dem Bundesarchiv Bern, Signatur E 2300 Budapest/2–3.

4 René de Weck (1887–1950), schweizerischer Gesandter in Bukarest 1933–1945.

pense, c'est une autre histoire.»<sup>5</sup> Denn die leitenden politischen Kreise in Bukarest fürchteten die Rückwirkungen des überraschend abgeschlossenen deutsch-russischen Abkommens. Tatsächlich brachte der Krieg zwischen den beiden ihm befreundeten Mächten Rumänien in arge Verlegenheit. Zwar sei sein Land – so die Aussage eines Kabinettsmitgliedes – nicht gehalten, in den gegenwärtigen Verhältnissen dem verbündeten Polen militärisch zu helfen. «Dagegen können wir ihm unsere wirtschaftliche Hilfe nicht versagen, namentlich dürfen wir ihm nicht die Benützung unserer Eisenbahnen verweigern. Das gleiche müssen wir auch den Deutschen für den Transport von Getreide, Petrol und andere Produkte, die sie bei uns kaufen, gestatten. Diese Einstellung wird uns Reklamationen und Drohungen von beiden Seiten aussetzen.» Das Communiqué des Ministerrates sprach von friedlicher Haltung und dem Wunsche Rumäniens, mit allen Nachbarn in gutem Einvernehmen zu bleiben, vermied aber sorgfältig das Wort «Neutralität». Noch seien die wahren Absichten des Königs nicht erkennbar, meldete de Weck<sup>6</sup>.

Da erklärte der Kronrat, der am 6. September unter dem Vorsitz von Carol II. getagt hatte, Rumänien werde im ausgebrochenen Krieg «strikte Neutralität» wahren<sup>7</sup>. Als de Weck dem Aussenminister die schweizerische Neutralitätserklärung überreichte, bemerkte Gafencu, die Frage der Neutralität Rumäniens könne wegen ihrer grossen internationalen Bedeutung nur von der höchsten Autorität des Landes, dem von seinen Ratgebern umringten König, entschieden werden. Erst nach einer langen Debatte, in welcher jedem Mitglied des Kronrates die Möglichkeit geboten worden sei, in voller Unabhängigkeit seine Meinung darzulegen, habe der König seine Zustimmung zur Formel «Neutralität» gegeben. Natürlich könne man die rumänische Neutralität nicht mit der schweizerischen vergleichen; diese sei eine Staatsmaxime und entspreche einer jahrhundertealten Praxis. Dagegen beziehe sich die rumänische Neutralität nur auf den gegenwärtigen Konflikt; eine Veränderung der internationalen Lage könnte die rumänische Haltung modifizieren. Und überdies sei die Politik Rumäniens durch seine Allianzen bestimmt. Als Neutrale dürften die Rumänen sowohl mit Polen als auch mit Deutschland Handelsbeziehungen unterhalten, würden jedoch den Durchzug fremder Truppen auf rumänischem Boden nicht dulden. Wenn indessen Engländer und Franzosen in Zivil Waffen- und Munitionsendungen nach Polen begleiteten, würden die rumänischen Behörden ein Auge zudrücken<sup>8</sup>.

Über die beiden Unbekannten im Kräftespiel der Mächte, Italien und Russland, bemerkte Gafencu, er glaube nicht, dass die italienische «Nicht-

5 De Weck an Motta, Bukarest, 3. September 1939, Politischer Bericht Nr. 16.

6 De Weck an Motta, Bukarest, 5. September 1939, Politischer Bericht Nr. 17.

7 De Weck an Motta, Bukarest, 7. September 1939, Politischer Bericht Nr. 18.

8 De Weck an Motta, Bukarest, 9. September 1939, Politischer Bericht Nr. 19.

Kriegführung» auf einem Einvernehmen zwischen Mussolini und Hitler beruhe; vielmehr mache der Führer gute Miene zum bösen Spiel, und der Duce helfe ihm, das Gesicht zu wahren. Die neutrale Haltung Italiens sei dem Widerstand des Königs gegen einen Kriegseintritt, den proalliierten Gefühlen des Volkes und – in weitem Masse – den grossen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu verdanken. Was Russland betreffe, so bestehe vorderhand für diese Macht kein genügender Grund, sich in den allgemeinen Wirbel hineinziehen zu lassen. Wenn Frankreich und England standhielten, könne Hitler den Krieg nicht gewinnen. England beherrsche die Meere. Mit einer viel schwächeren Marine als 1914, ohne Kolonien, ohne ferne Flottenstützpunkte, in einer misslichen politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Situation sei Deutschland, selbst wenn es Polen besiegen sollte, dem Untergang geweiht. Es würde Rumänien nicht zwingen können, so glaube Gafencu annehmen zu dürfen, seine Gewinne von 1919 herauszugeben: Bessarabien den Russen, die Dobrudscha den Bulgaren, Transsylvanien (Siebenbürgen) den Ungaren, die Bukowina den Deutschen. Von der Herrschaft der Nationalsozialisten sei weniger ein Verlust an Territorien als an politischer Unabhängigkeit zu befürchten<sup>9</sup>.

Aus einer Unterredung mit dem Ministerpräsidenten glaubte de Weck schliessen zu müssen, Rumänien werde einem Hilfsgesuch des mit ihm verbündeten Polen nur unter zwei Bedingungen Folge leisten, wenn erstens eine rumänische Hilfe den Polen militärisch nützlich sein könne und zweitens die westlichen Verbündeten einen wirksamen Beitrag zur gemeinsamen Aktion leisteten. Alles hänge von den Umständen ab: «Wir können Polen nur retten, wenn dieser Staat noch existiert und wenn man uns hilft, uns selber zu retten<sup>10</sup>.» Von den aus Polen geflüchteten Schweizern vernahm de Weck, wie ausserordentlich schnell die vom Wetter begünstigte deutsche Invasion erfolgt sei. Die deutsche Luftwaffe terrorisiere die Zivilbevölkerung, indem sie die Flüchtenden auf den überfüllten Strassen und die Bauern auf den Feldern bombardiere. Zu Beginn der Feindseligkeiten seien 5500 deutsche Flugmaschinen bloss 1500 polnischen gegenübergestanden, wovon Polen schon in den Anfangskämpfen zwei Drittel verloren habe<sup>11</sup>. Unter den aus Polen geflüchteten Diplomaten befand sich auch der Schweizer Gesandte Henri Fr. Martin<sup>12</sup>. Seine Schilderung des überraschenden russischen Einfalls veranlasste de Weck zum Bericht an Motta: «Cette ruée de Cosaques sur le territoire d'une nation agonisante est à coup sûr un des spectacles les plus répugnants auxquels ait assisté notre planète depuis qu'elle se targue d'être civilisée.» Ein Pole äusserte die Ansicht, das Schicksal seines Vaterlandes sei in dem Augenblick besiegelt gewesen, als Oberst

9 De Weck an Motta, Bukarest, 19. September 1939, Politischer Bericht Nr. 19.

10 De Weck an Motta, Bukarest, 16. September 1939, Politischer Bericht Nr. 22.

11 De Weck an Motta, Bukarest, 12. September 1939, Politischer Bericht Nr. 20.

12 Henri François Martin, schweizerischer Gesandter in Warschau 1938–1940.

Beck<sup>13</sup> den Vorschlag Hitlers, sich mit ihm gegen die Sowjets zu verbünden, zurückgewiesen habe: «Da wir nicht mit Berlin gegen Moskau marschieren wollten, hätten wir uns mit Stalin gegen Hitler verbünden sollen.»<sup>14</sup>

Auf die Frage nach den Ursachen des polnischen Zusammenbruchs, die de Weck an den früheren polnischen Aussenminister Zaleski<sup>15</sup> richtete, antwortete dieser mit einer Anklagerede gegen seinen Nachfolger, den Obersten Beck: Dessen ganze Politik bis in die jüngste Zeit hinein erkläre sich aus persönlicher Ranküne gegen gewisse Länder und Personen, aus seiner Vorliebe für autoritäre Systeme und seinem Abscheu vor demokratischen Staatsformen. Die internationale Stellung Polens beruhe auf den Verträgen von 1919, dem Völkerbund, dem französischen Bündnis und den freundschaftlichen Beziehungen zur Kleinen Entente. Statt diese Position zu verteidigen, habe Beck alles unternommen, sie zu ruinieren. Er habe sich das Bild eines mit Deutschland gemeinsam zu unternehmenden Feldzuges gegen den Bolschewismus durch seinen Jagdgenossen Göring<sup>16</sup> vorgaukeln lassen, wodurch Polen einen Ausgang nach dem Schwarzen Meer erhalten werde. Als Beck dem deutschen Führer diese Perspektiven eröffnete, habe Hitler frostig erklärt, davon sei nie die Rede gewesen, und habe vielmehr von Beck Danzig sowie den Korridor gefordert. Zaleski erwähnte, es gebe Polen, die behaupteten, sie seien von England in den Krieg gerissen worden, das sie nun von Deutschland erwürgen lasse. In Wirklichkeit könnten sich die Engländer darüber beklagen, dass sie von Beck getäuscht worden seien. Dieser habe die britische Garantie nur sehr widerwillig angenommen, unter dem unwiderstehlichen Druck der öffentlichen Meinung. Schon im März hätte sich eine polnische Delegation nach London begeben sollen, um über eine Militärkonvention zu verhandeln, um Kriegsmaterial zu kaufen und Kredite zu erhandeln. Diese Delegation habe Beck unter nichtigen Vorwänden zurückgehalten. Ihm gegenüber, der aus Polen entwichen sei, während die heldenhaften Verteidiger Warschaus weiter kämpften, empfinde man allgemein nur schmerzliches Staunen und tiefe Verachtung<sup>17</sup>.

Die Ermordung des rumänischen Regierungspräsidenten Calinescu (21. September 1939) durch Mitglieder der «Eisernen Garde» – «secte barbare», wie sie de Weck nannte – sei das Werk einer weitverzweigten Verschwörung, deren Fäden ins Ausland führten, ähnlich wie bei der Ermor-

13 Oberst Jozef Beck (1894–1944), polnischer Aussenminister 1926–1932.

14 De Weck an Motta, Bukarest, 12. und 16. September 1939, Politische Berichte Nr. 20 und 22.

15 August Zaleski (1883–1972), polnischer Aussenminister 1926–1932.

16 Hermann Göring (1893–1946), Oberbefehlshaber der deutschen Luftflotte 1935–1945.

17 De Weck an Motta, Bukarest, 19. September 1939, Politischer Bericht Nr. 24. – Dem nach Rumänien geflüchteten polnischen Staatspräsidenten habe die rumänische Regierung jede politische Tätigkeit verboten, meldete de Weck. «Hätte er sich beeilt und Rumänien durchquert», sagte ein englischer Diplomat, «so hätten wir ihn in Constanza auf ein britisches Schiff aufnehmen können, bevor die Deutschen gegen seine mögliche Ausreise protestierten».

derung des österreichischen Kanzlers Dollfuss. Seit langem schon hätten sich die Deutschen bemüht, Calinescu von der Macht zu vertreiben. Seine Ermordung hätte das Zeichen des Aufstandes sein sollen für die deutsche Bevölkerung der Bukowina, die aber dem Ruf nicht folgte, weil die russischen Truppen an der Grenze standen. So paradox es klingen möge: Die roten Horden an der Grenze der Bukowina hätten das Donaukönigreich vor der Invasion durch die Deutschen gerettet. Die Zukunft Rumäniens hänge davon ab, welche Richtung der König, seines besten Ratgebers beraubt, nun der Politik seines Reiches geben werde<sup>18</sup>.

Immer wieder schwirrten Gerüchte umher, Deutschland habe für den Fall eines russischen Angriffs den Rumänen Hilfe zugesagt. Hierüber von de Weck angesprochen, erklärte der Aussenminister, Deutschland habe nie eine direkte oder indirekte Unterstützung in Aussicht gestellt. Als es sich noch als Feind des Bolschewismus verstand, habe es Rumänien oft vor Russland gewarnt. Jetzt beschränkten sich die Deutschen darauf, den Rumänen zu versichern, dass die Russen keine feindlichen Absichten gegen sie hegten. Seit dem Abschluss des Vertrags von Ankara zwischen der Türkei, England und Frankreich, der die Offenhaltung der Meerengen garantiere, fühle sich Rumänien sicherer, da es im Fall eines russischen Angriffs auf die Unterstützung durch die Westmächte zähle<sup>19</sup>.

Immer deutlicher stieg am politischen Horizont Rumäniens die deutsche Gefahr auf und in Zusammenhang damit das Minoritätenproblem. Man wusste allgemein, dass Deutschland die Rückkehr der Volksgenossen in Transsylvanien, im Banat und in der Bukowina ins Deutsche Reich betrieb. Es war eine der grossen Sorgen Calinescus gewesen, den Beschwerden der Minoritäten zuvorzukommen, indem er ihnen ein sehr liberales Statut gab und sie damit weitgehend beruhigte<sup>20</sup>. Aber die fortbestehende Gefahr einer gewaltsamen Verpflanzung störte die Ruhe. Laut Aussage de Wecks brennten die «Schwabens» des Banats gar nicht danach, in andere Gegenden, vielleicht in weniger fruchtbare, verpflanzt zu werden<sup>21</sup>. Und Ähnliches lasse sich von den «Sachsen» Transsylvaniens sagen. Die gegenwärtige Politik von Bukarest gebe ja den Minoritäten weitgehend Befriedigung. Der schweizerische Konsularagent behauptete, nur junge Leute, die nichts zu verlieren hätten, hofften auf Deutschland<sup>22</sup>.

Sehr aufschlussreich war ein Gespräch, das de Weck mit dem neuen Regierungschef Georg Tatarescu<sup>23</sup> führte. Dieser erklärte: Alle freien Völker, die neutralen und die kriegführenden, sollten, wenigstens in geistiger

18 De Weck an Motta, Bukarest, 23. September 1939, Politischer Bericht Nr. 26.

19 De Weck an Motta, Bukarest, 22. Oktober 1939, Politischer Bericht Nr. 35.

20 De Weck an Motta, Bukarest, 22. Oktober 1939, Politischer Bericht Nr. 35.

21 De Weck an Motta, Bukarest, 9. November 1939, Politischer Bericht Nr. 39.

22 De Weck an Motta, Bukarest, 17. November 1939, Politischer Bericht Nr. 41.

23 Gheorge Tatarescu (1886–1961), rumänischer Ministerpräsident 1934–1937, Aussenminister 1938, 1945–1947.

Hinsicht, zwei Feinde bekämpfen, deren Allianz für alle eine tödliche Gefahr bedeutet: den Geist der Aggression und den Bolschewismus. Hitler habe die Tyrannis und den asiatischen Imperialismus in Mitteleuropa eingeführt – ein unverzeihlicher Fehler, wofür man ihn bestrafen müsse. Die Westmächte sollten endlich ihre Aufgabe erkennen: sowohl die Sowjetunion als auch das Dritte Reich bekämpfen: «Wir Rumänen tragen gar keine Verantwortung am Ausbruch des Krieges. Wir sind neutral und gedenken es zu bleiben, solange man unsere Unabhängigkeit und unsere territoriale Integrität achtet. Keine Drohung wird uns dahin bringen, einen Fingerbreit dessen preiszugeben, was uns gehört. Im übrigen mache ich mir keine Illusionen; wenn die Roten uns angreifen, werden die Deutschen ihnen helfen. Der Diktator in Berlin wird seinem Gevatter in Moskau nicht die ganze Beute überlassen. In einer solchen Konjunktur wissen wir, was unser wartet. Nur eine grosse antirussische Koalition könnte uns dieses Los ersparen. Gewisse Anzeichen erlauben uns zu hoffen, dass sich eine solche Koalition vorbereitet. Aber man darf keine Zeit verlieren.»

Als de Weck den Regierungschef fragte, welche Politik er in der Frage der Revandikationen, die nicht Bessarabien und die Bukowina betreffen, zu befolgen gedenke, antwortete Tatarescu: «Wir sind entschlossen, unter Drohung überhaupt keine Grenzbereinigungen zu diskutieren. Nach dem Krieg aber wären wir unter Umständen bereit, einen gewissen Bevölkerungsaustausch vorzunehmen. Wenn es zum Beispiel ungerecht sein soll, zahlreiche Ungaren von ihren Rassebrüdern zu trennen, wäre es ebenso ungerecht, die doppelte Zahl von Rumänen den Ungaren auszuliefern. Die Rumänen sind nicht daran schuld, dass so viel Magyaren zerstreut auf der Erde wohnen.» De Weck fand, Tatarescu habe durch seine Tätigkeit in der Diplomatie viel an Horizontweite gewonnen. Als Regierungschef von 1934–37 habe er sich nur mit Fragen der Innenpolitik und der Wahltaktik beschäftigt. Jetzt bekunde er vertieftes Verständnis für die Aussenpolitik und sei um das Schicksal Europas besorgt<sup>24</sup>.

Eine Rede des italienischen Aussenministers Ciano<sup>25</sup> von Mitte Dezember wirkte in Bukarest wie eine kalte Dusche. Man hatte erwartet, er werde darin Russland vor einem Angriff auf Rumänien warnen, was aber vollständig unterblieb. Um die üble Wirkung dieser Rede zu korrigieren, erinnerte ein Communiqué der Agentur Stefani daran, dass Italien den Kommunismus in Spanien bekämpft habe und damit bestrebt gewesen sei, ihn aus dem westlichen Mittelmeer zu vertreiben; aus den gleichen Gründen werde Italien die Ordnung und den Frieden im Donaubecken und im Balkan verteidigen. Das schuf eine vertrauensvolle Stimmung zwischen Rumänien und Italien, so dass sie miteinander neue Handelsabkommen schlossen<sup>26</sup>.

24 De Weck an Motta, Bukarest, 19. Dezember 1939, Politischer Bericht Nr. 50.

25 Galeazzo Ciano (1903–1944), italienischer Aussenminister 1936–1943.

26 De Weck an Motta, Bukarest, 19. Dezember 1939, Politischer Bericht Nr. 51. – Italien wolle

Wirtschaftsfragen bildeten auch den Kern des Verhältnisses zu Deutschland, besonders die Belieferung des Dritten Reiches mit flüssigen Brennstoffen. Während der ersten acht Monate des Jahres 1939 hatte das Monatsmittel der rumänischen Lieferungen 117 231 Tonnen Brennstoff betragen, wovon 57 369 auf dem Seeweg und 47 362 auf der Donau transportiert worden waren. Da seit dem September der Meertransport ausfiel, sank das Monatsmittel im November auf 85 842 und erreichte den Friedensdurchschnitt bei weitem nicht mehr; und dabei stellten diese Lieferungen für Deutschland eine Lebensfrage dar<sup>27</sup>.

Durch den türkischen Botschafter erfuhr de Weck von den Bemühungen Ankaras und Bukarests, die lose Balkan-Entente in einen festen Balkan-Block des Friedens umzuwandeln. Bulgarien und Ungarn seien – so de Weck – für diesen Plan noch nicht reif; dagegen hätten Jugoslawien und Griechenland dem Programm zugestimmt, im einzelnen jedoch mit Vorbehalten, die das Funktionieren des Paktes unmöglich machten. In Bulgarien habe man noch nicht begriffen, dass, wenn man nicht von den Grossmächten einer nach dem andern verschlungen werden wolle, man zur schweizerischen Devise stehen müsse: «Einer für alle, alle für einen.»<sup>28</sup>

In bezug auf die von Russland drohende Gefahr wurde die rumänische Öffentlichkeit zwischen Optimismus und Pessimismus hin- und hergeworfen. Der erfolgreiche finnische Verteidigungskrieg flösste vielen Rumänen Vertrauen ein. Einige meinten, die russischen Machthaber würden doch gewiss nicht so unsinnig sein, nach den Schlappen, die sie in Finnland erlitten hätten, einen verlustreichen Krieg zu beginnen. Andere waren nicht so zuversichtlich: Stalin könnte sehr wohl in Bessarabien Trost suchen für seine Niederlagen in Finnland. In diesem Auf und Ab der Stimmungen gab ein Wort Carlos II., der bei seinen Truppen an der ungarischen Grenze Weihnachten feierte, Zuversicht: «Bessarabien war unser, gehört uns und wird stets rumänischer Boden bleiben.» Aber immer stärker schwoll die rumänische Opposition gegen das vom König inaugurierte autoritäre Regiment an. Ein rumänischer Gelehrter fragte de Weck: «Will man uns mit fremden Ideologien gegen die Russen verteidigen? Wir wollen weder mit Berlin noch mit Moskau etwas zu schaffen haben. Die Alliierten sollten sich beeilen und aus dieser Volksstimmung Nutzen ziehen.» «Indem sie Ihre Neutralität verletzen?» «Warum nicht, wenn sie uns die Freiheit verschaffen? Ich sähe lieber, dass sie der russischen Invasion zuvorkämen als dass sie untätig auf sie warten.»<sup>29</sup>

Der Petrolkrieg rückte immer mehr in den Mittelpunkt der rumänischen

nicht die Verantwortung für die unstete rumänische Politik übernehmen: «Il est donc fort compréhensible que l'Italie ne veuille pas jouer le rôle de la mère poule couvant des œufs de cane.»

27 De Weck an Motta, Bukarest, 22. Dezember 1939, Politischer Bericht Nr. 53.

28 De Weck an Motta, Bukarest, 8. Januar 1940, Politischer Bericht Nr. 1.

29 De Weck an Motta, Bukarest, 13. Januar 1940, Politischer Bericht Nr. 2.



Politik. Am Abkommen vom 23. März 1939 hatte sich Rumänien verpflichtet, 25% seines Totalertrags nach Deutschland zu liefern. Aber der infolge des Krieges anhaltende Preisanstieg und der Rückgang der Lieferung weckte in den Deutschen den Verdacht, dass sie gegenüber ihren Konkurrenten den kürzeren zögen. Der aus Berlin zurückgekehrte deutsche Gesandte brachte zwar gegen Ende des Jahres ein Abkommen zustande, wonach Deutschland pro Monat 130 000 Tonnen flüssigen Brennstoff erhalten sollte; aber Rumänien konnte dieser Verpflichtung wegen des ständigen Rückgangs der Erdölgewinnung nicht nachkommen. Die Lösung des Petrolproblems gestaltete sich aus folgenden Gründen stets schwieriger: Es war unmöglich, die Produktion zu vermehren, und was produziert wurde, musste vor allem der nationalen Verteidigung dienen. Während Deutschland seine Forderungen steigerte, meldeten die Alliierten, denen die grossen Erdölgesellschaften den Vorzug gaben, ihre Gegenforderungen an. Und schliesslich waren noch allerhand Imponderabilien wirksam<sup>30</sup>.

Immer rascher näherte sich neben der russischen die deutsche Gefahr. Zwar standen die Armeen des Dritten Reiches noch nicht an der rumänischen Grenze. Deutschland arbeitete zunächst mit der Methode der friedlichen Durchdringung, mit Propaganda, Spionage, Desorganisation und Sabotage, wie es ja anderwärts auch schon so vorgegangen war. Das schien alles um so bedrohlicher, als den Rumänen nicht gelungen war, die Ungaren und Bulgaren zu einem festen Balkan-Block zu vereinigen. Ob man denn nicht noch mehr Balkan-Staaten zu einer erweiterten Föderation zusammenbringen könnte, fragte de Weck den rumänischen Aussenminister. Dieser gestand: «Es wäre sehr schwierig, die Griechen zu bewegen, sich für uns mit den Russen zu schlagen<sup>31</sup>.

Als Tatarescu Ende Januar 1940 dem Schweizer Gesandten wieder von der imminenden russischen Gefahr sprach, fragte dieser, ob denn Deutschland seine russischen Freunde nicht davon abhalten werde, in ein Land einzudringen, von dem es mit Nahrungsmitteln und Brennstoff versorgt werde? Da antwortete der Regierungschef: «Wir dürfen uns nur auf uns selber verlassen. Wir werden unsere Pflicht tun. Zwei Einfallstore erlauben der asiatischen Barbarei, sich auf die europäische Zivilisation zu stürzen. Finnland verteidigt das Tor im Norden; wir werden das andere zu verteidigen wissen.» Und dann fügte er energisch hinzu, er werde die Petrolproduktion steigern: «Ich werde zehn Millionen Tonnen verlangen. Wenn die ausländischen Gesellschaften, die unsere Petrolfelder ausbeuten, mir das gewünschte Quantum nicht liefern, werde ich sie davonjagen und durch Soldaten ersetzen.» De Weck fragte sich skeptisch, ob dieses Programm überhaupt realisierbar sei<sup>32</sup>.

30 De Weck an Baumann, Bukarest, 26. Januar 1940, Politischer Bericht Nr. 4.

31 De Weck an Baumann, Bukarest, 27. Januar 1940, Politischer Bericht Nr. 5.

32 De Weck an Baumann, Bukarest, 31. Januar 1940, Politischer Bericht Nr. 6.

Es fiel dem Schweizer Gesandten auf, dass im Schlusscommuniqué der Belgrader Konferenz, die Anfang Februar 1940 stattgefunden hatte, die vier Mächte des Balkan-Paktes, Griechenland, Rumänien, Jugoslawien und die Türkei, zwar erklärten, ausserhalb des gegenwärtigen Konfliktes bleiben zu wollen, das Wort Neutralität jedoch nicht verwendeten. Neutralität bedeutete für sie also keine Doktrin, sondern bloss eine momentane Haltung, die bei Veränderungen der Umwelt vermutlich wieder ändern konnte. Die Konferenzmächte bekräftigten einander, über ihre Unabhängigkeit und territoriale Integrität wachen und zu diesem Zweck vereint bleiben zu wollen. Das war keine Neutralität, sondern eine Nicht-Kriegführung. Es war anzunehmen, dass Hitler, der die «kleinen Balkan-Staaten» verachtete, sie nur so lange schonen werde, als sie ihn mit Nahrungsmitteln und Treibstoffen versorgten<sup>33</sup>.

Wie in jedem Lande, das an einer kriegerischen Auseinandersetzung nicht teilnimmt, bekämpften sich auch in Rumänien die kriegführenden Mächte. Der französische Einfluss war in der geistigen Elite Rumäniens vorherrschend, weshalb sie den Sieg der Alliierten wünschte. «Wenn jemand Ihnen etwas anderes sagt, ist er dafür bezahlt», bekam de Weck zu hören. Man hatte früher die Passivität der französischen Botschaft in bezug auf die Propaganda beklagt. Jetzt aber schickte Frankreich politische Missionare, deren Wirkung um so stärker war, als sie sich auf das kulturelle Gebiet beschränkten. So hatte ein Mitglied der Comédie Française mit der Rezitation klug ausgewählter Fabeln von La Fontaine, die leicht auf die gegenwärtige Lage bezogen werden konnten, ungeheuren Erfolg erzielt. Das Dritte Reich dagegen verwendete eine andere Methode der Beeinflussung des breiten rumänischen Publikums. Es veranstaltete nicht nur eine Unmenge von Manifestationen: Konzerte, Theateraufführungen, Kunstausstellungen usw., sondern der deutsche Gesandte protestierte mindestens einmal pro Tag gegen irgendjemanden oder irgendetwas. Alle Vorwände waren für ihn gut genug: Warum erlaube die Regierung von Bukarest dem ehemaligen Präsidenten Polens Moscicki<sup>34</sup>, nach der Schweiz zu verreisen? Warum zeigten die Kinetographen mehr amerikanische und französische Filme als deutsche? Warum publiziere diese oder jene Zeitung die Informationen aus London und Paris in grösseren Lettern als Meldungen aus deutschen Quellen? Es sei nicht zu dulden, dass das Rumänische Rote Kreuz eine Musikveranstaltung präsidiere, deren Erlös den polnischen Flüchtlingen in Rumänien zuflüsse. Wie komme es, dass das offizielle Radio Meldungen an die Schiffe ausstrahle, was einer durch die Alliierten ausgeübten maritimen Tyrannei gleichkomme? Diese unaufhörlichen Reklamationen stellten die Geduld der Regierenden auf eine harte Probe und wirkten auf das Publikum zermürbend<sup>35</sup>.

33 De Weck an Baumann, Bukarest, 9. Februar 1940, Politischer Bericht Nr. 8.

34 Ignacy Moscicki (1867–1946), polnischer Staatspräsident 1926–1939.

35 De Weck an Baumann, Bukarest, 24. Februar 1940, Politischer Bericht Nr. 10.

In Bukarest verfolgte man geradezu mit Herzklopfen den Ablauf des finnischen Dramas. Tatarescu sagte zu de Weck, er befürchte, dass Deutschland in Helsinki interveniere und dort einen Frieden zwischen Finnland und Russland diktiere; das würde der Sowjetunion erlauben, sich auf Bessarabien zu stürzen. Der bald darauf zustande gekommene Friede von Moskau, den man den heroischen Finnen aufzwang, erfüllte die Rumänen mit bangen Ahnungen<sup>36</sup>.

Inzwischen steigerte Deutschland seine Forderungen und schreckte schliesslich auch nicht vor einem brutalen Eingriff in die Innenpolitik Rumäniens zurück. Niemand zweifelte daran, dass Deutschlands Hand den Schritt der Regierung lenke, als sie am 15. März verkündete, sie habe eine Abordnung ehemaliger Mitglieder der Eisernen Garde empfangen, die ihr eine Loyalitätsdeklaration überreicht hätten. Wie solle man sich erklären, fragte de Weck, dass der König seine Minister ermächtigte, mit Männern das Gespräch zu suchen, deren Kameraden und Brüder er noch vor sechs Monaten wie tolle Hunde habe erschlagen lassen? Offenbar habe die kürzlich erfolgte Freilassung der gefangen gehaltenen Gardisten nicht genügt, um die Lage zu entspannen. Die von 295 Männern unterzeichnete Ergebnissadresse rechne zweifellos mit einer Gegenleistung, und was die Regierung als Versöhnung bezeichne, sei im Grunde genommen eine Kapitulation. Sie werde zu einer Schwächung nach innen und aussen führen, prognostizierte de Weck; das werde Deutschland ermutigen, noch mehr zu verlangen. Die Deutschen setzten tatsächlich ihre Politik der Einschüchterung schamlos fort. So lud die Deutsche Gesandtschaft zu einer Filmvorführung ein über «die gewaltigen Leistungen der deutschen Truppen und die völlige Vernichtung der polnischen Armee»; der Film sei «eine wahrheitsgemässe und durch Bilddokumente belegte Darstellung des wirklichen Kriegsverlaufs<sup>37</sup>». Gafencu, seine Mitarbeiter und zahlreiche Behördenmitglieder, die eingeladen worden seien, boykottierten die Aufführung. Der Aussenminister erzählte dem Schweizer Gesandten, er habe in einem Schreiben den deutschen Gesandten darauf aufmerksam gemacht, dass eine so polenfeindliche Manifestation in der Hauptstadt eines Landes, das mit dem unglücklichen Polen verbündet gewesen sei und eine grosse Anzahl polnischer Flüchtlinge aufgenommen habe, von der rumänischen Regierung nicht gebilligt werden könne. Warum, so fragte sich de Weck, gebe Rumänien den Drohungen des Dritten Reiches nach? Zweifellos, weil es sich schwach fühle gegenüber einem Deutschland, das die Slowakei beherrsche und alle Zufahrtsstrassen zur Bukowina kontrolliere, und angesichts des russischen Reiches, das sich soeben die finnischen Schwierigkeiten vom Hals geschafft habe. Die rumänische Regierung treibe ein gefährliches Doppelspiel, das sie bald vor das schreckliche Dilemma stellen werde: entweder in den offenen

36 De Weck an Pilet-Golaz, Bukarest, 8. März 1940, Politischer Bericht Nr. 11.

37 De Weck an Pilet-Golaz, Bukarest, 16. März 1940, Politischer Bericht Nr. 12.

Kampf gegen Deutschland einzutreten oder in neue Kapitulationen einzuwilligen. Jetzt habe der Regierungspräsident durch das Radio eine Erklärung verbreiten lassen, die auf das Leitmotiv gestimmt sei: «Wir wollen den Frieden, aber unter der Voraussetzung, dass unsere Rechte respektiert werden; zur Verteidigung unseres Bodens sind wir zu allen Opfern bereit.» Diese ganze Rhetorik, schrieb de Weck, ändere nichts daran, dass das vor sechs Monaten unternommene Werk des nationalen Aufbaus in Trümmern liege; die ganze Entwicklung könne leicht dazu führen, den Thron ins Wanken zu bringen<sup>38</sup>.

Natürlich wurde offiziell jede Einwirkung des Auslandes in der Angelegenheit der Eisernen Garde in Abrede gestellt. Gafencu erklärte dem Schweizer Gesandten: «Wir konnten nicht auf unabsehbare Zeit mehrere hundert Verdächtige in den Konzentrationslagern gefangen halten. Man musste ihnen Gelegenheit geben, in den Gesellschaftskörper zurückzukehren. Wir gedenken keineswegs, den Feinden des Thrones, diesen Terroristen und Verrätern, ihre Sünden zu vergeben. Unsere Verzeihung gewähren wir nur denjenigen, die keine Verbrechen begangen haben. Die Legionäre stellten keine Bedingungen; sondern einige von ihnen haben die Rettungshand, die wir ihnen entgegenstreckten, ergriffen. Wir werden sie überwachen; wenn sie ihr Versprechen halten, werden sie, wie die andern Bürger, an der Verteidigung des Vaterlandes teilnehmen können.» Aber diese Erklärungen des Aussenministers überzeugten de Weck nicht recht; denn die Sprache der deutschen Presse und die Haltung der Nationalsozialisten in Bukarest liesen ihn daran zweifeln, dass Hitler der ganzen Angelegenheit ferngeblieben sei. Gafencu wich bestimmten Fragen aus, woraus de Weck schloss, dass die «Versöhnung» zwischen der Krone und der Eisernen Garde einen komplexeren Hintergrund habe, als man offiziell wahrhaben wollte. Der Aussenminister hatte weder bestätigt noch geleugnet, dass die nach Deutschland geflüchteten Legionäre in ihre Heimat zurückkehren würden<sup>39</sup>.

Rumänien wolle auch auf wirtschaftlichem Gebiet seine Neutralität und seine volle Unabhängigkeit wahren, versicherte Gafencu. In Friedenszeiten habe es dazu beigetragen, mit seinem Aussenhandel die Beziehungen zwischen den Völkern enger zu gestalten. Jetzt wolle man nicht mit rumänischen Waren den Kriegszielen irgendeiner Macht dienen, sondern im Gegenteil die rumänischen Güter nutzbringend für die Stärkung der nationalen Verteidigung verwenden. Der Aussenhandel sei durch Regierungserlasse geregelt worden, die den Zweck verfolgten, normale Wirtschaftsbeziehungen mit allen Ländern aufrecht zu erhalten, und zudem die Möglichkeit schüfen, Rohstoffe zu erwerben für die Ausrüstung der Armee. Die deutsch-rumänischen Wirtschaftsverhandlungen gingen langsam vonstatten, würden aber in freundlichem Ton geführt; das bestätigten dem Schweizer Gesandten

38 De Weck an Pilet-Golaz, Bukarest, 18. März 1940, Politischer Bericht Nr. 13.

39 De Weck an Pilez-Golaz, Bukarest, 20. März 1940, Politischer Bericht Nr. 14.

sowohl Deutsche als auch Rumänen. Nicht zuletzt sei dies das Verdienst des auch in Bern wohlbekannten Delegationsleiters Dr. Clodius. Er wurde vom Bürgermeister Wiens, Dr. Neubacher, unterstützt; man hatte ihn der Gesandtschaft als Chef der Wirtschaftsabteilung zugeteilt; in den Verhandlungen verband er österreichischen Charme mit zäher Entschlossenheit.

Eine Rede Molotows vom 29. März 1940, worin er ausführte, Russland habe mit Rumänien keinen Nichtangriffspakt abgeschlossen, beunruhigte die rumänische Öffentlichkeit in hohem Masse. Das kam den Deutschen sehr gelegen: Rumänien sei wieder einmal daran erinnert worden, dass es unbedingt realpolitisch handeln und sich nicht einer gefühlsmässigen Politik hingeben solle<sup>40</sup>. Noch schreckhafter wirkte der Angriff Deutschlands auf Dänemark und Norwegen. Von jetzt an diktiere die Angst – eine schlechte Ratgeberin – die Handlungen des rumänischen Kabinetts, schrieb de Weck. Angst habe zur «Aussöhnung» mit der Eisernen Garde geführt, und Angst lasse die stets aufdringlicher sich gebärdende «Pénétration pacifique» gewähren. Anzeichen von Regierungsschwäche stellte de Weck allerorten fest: Das Minoritätenstatut erlaube es gewissen nach dem Führerprinzip organisierten Gruppen, Staaten im Staate zu bilden. Die sogenannte Aussöhnung mit den Legionären habe einem weiteren trojanischen Pferd Einlass gewährt. Die staatliche Aufsicht über die Donau-Schiffahrt lasse nach, so dass fremde Staaten Waffen und Sprengkörper nach Rumänien einführen könnten. Ausgedehnte Wälder würden deutschen Gesellschaften zur Ausbeutung während dreissig Jahren überlassen, und die grossen Erdölgesellschaften würden angewiesen, den Wünschen Deutschlands entgegenzukommen; so seien die Lieferungen ans Dritte Reich im März 1940 auf 41 646 Tonnen gestiegen. Deutschland bediene sich der russischen Drohungen zur Terrorisierung Rumäniens<sup>41</sup>.

Mit Sorge verfolgte de Weck die nervöse Schaukelpolitik des Königs. Nachdem dieser die Eisernen Garde zu Gnaden aufgenommen hatte, berief er einen Vertreter der alten Nationalpartei in den Kronrat und schliesslich noch Victor Antonescu<sup>42</sup>. De Weck schrieb an Pilet, wobei er wohl an die Schweiz dachte: «Dans l'attirail politique d'un pays neutre, la balance est sans doute un instrument indispensable, mais il court certains risques à lui imprimer de trop brusques oscillations.» Der Zensur zum Trotz durfte das Blatt «Paris soir» ungehemmt nationalsozialistische Propaganda treiben, was gegen die offizielle Äquilibriumspolitik versties<sup>43</sup>.

Am 10. Mai, als sich de Weck gerade zur rumänischen Nationalfeier begeben wollte, erfuhr er vom deutschen Einfall in Holland, Belgien und

40 Geschäftsträger Zuber an Pilet-Golaz, Bukarest, 5. April 1940, Politischer Bericht Nr. 15.

41 De Weck an Pilet, Bukarest, 18. April 1940, Politischer Bericht Nr. 19.

42 Victor Antonescu (1871–1947), rumänischer Aussenminister 1936–1937, Nationalliberaler Politiker.

43 De Weck an Pilet-Golaz, Bukarest, 19. April 1940, Politischer Bericht Nr. 20.

Luxemburg. Allgemein hielt man dafür, das sei das Vorspiel der Invasion Rumäniens. Presse und Radio wiesen in grosser Aufmachung auf die gesteigerten Verteidigungsmassnahmen der Schweiz hin<sup>44</sup>. Gerüchte über Angriffe auf sie liefen um. Der Regierungspräsident sagte zu de Weck: Rumänien sei wie die Schweiz entschlossen, sich gegen jeden Angriff, woher er auch kommen möge, zu verteidigen<sup>45</sup>. Der Minister für Aussenwirtschaft vertraute dem Schweizer Gesandten an, die jüngsten militärischen Erfolge Deutschlands hätten einen verschärften deutschen Druck auf die rumänische Regierung zur Folge. Das Dritte Reich werfe ihr unneutrales Verhalten vor, weil der Handelsaustausch mit Grossbritannien in den letzten Monaten gestiegen sei, während die Erdöllieferungen ans Dritte Reich nachgelassen hätten.

Trotz allem: Das rumänische Kabinett hatte noch nicht darauf verzichtet, sich zu verteidigen. Es traf Massnahmen gegen die Fünfte Kolonne, die noch nie so aktiv gewesen war. Alle Ausländer, die nicht im Besitze eines gültigen Arbeitsausweises waren, mussten das Land verlassen. Das werde, sagte der Aussenminister zu de Weck, einige Tausend sogenannter deutscher Touristen treffen. Ferner wurden neue Militärkräfte aufgeboten. In Ploesti, wo sich grosse Ölraffinerien befanden, beschlagnahmte man Wagenladungen von deutschen Waffen und deutscher Munition. Spione, die verhaftet wurden, wagte man allerdings aus Angst vor deutschen Repressalien nicht zu erschiessen<sup>46</sup>. Natürlich gaben die Anhänger Deutschlands vor, im national-rumänischen Interesse zu handeln: das Dritte Reich werde siegen, die nationalsozialistische Ideologie werde in ganz Europa triumphieren, Rumänien müsse sich beeilen, um den Anschluss nicht zu verpassen. Deshalb sollten sich die nationalsozialistischen Studenten «einsatzbereit halten»<sup>47</sup>.

Ein weithin sichtbares, durch die Deutschen erzwungenes Opfer war der Sturz Gafencus, dessen Weggang aus dem Aussenministerium de Weck tief bedauerte. Offenbar sei der König gesonnen, den Deutschen alle Konzessionen zu machen, die sich nur irgendwie mit der Würde und Unabhängigkeit des Landes vereinbaren liessen. Zwar wolle man sich immer noch verteidigen. Aber man habe über die Fabel von der starren Eiche und dem biegsamen Rosentrauch nachgedacht. Der Nachfolger Gafencus, Gigurtu<sup>48</sup>, werde ebenfalls eine Politik der Neutralität vertreten, sich jedoch nachgiebiger zeigen; er sei in Deutschland gebildet worden und antisemitisch gesinnt. Gafencu vertraute de Weck an: «Ein Personenwechsel drängte sich auf. Ich zog es vor zu gehen und mich für die Zukunft aufzusparen.» Mit dem Wech-

44 De Weck an Pilet-Golaz, Bukarest, 15. Mai 1940, Politischer Bericht Nr. 24.

45 De Weck an Pilet-Golaz, Bukarest, 11. Mai 1940, Politischer Bericht Nr. 22.

46 De Weck an Pilet-Golaz, Bukarest, 28. Mai 1940, Politischer Bericht Nr. 26.

47 De Weck an Pilet-Golaz, Bukarest, 29. Mai 1940, Politischer Bericht Nr. 27.

48 Ion Gigurtu (1886–1959), rumänischer Aussenminister 1937–1938, Ministerpräsident 1940, Aussenminister 1944.

sel im Aussenministerium verstärkte sich die Stellung der Deutschen in Bukarest; Hitler hatte seine Freunde bis in die unmittelbare Umgebung des Königs<sup>49</sup>.

Je grössere Fortschritte die deutschen Waffen in Frankreich machten, desto rascher vollzog sich die moralische Kapitulation Rumäniens. Tatarescu reichte seine Demission ein, aber der König nahm sie nicht an, vermutlich weil er über die einzuschlagende Politik noch nicht im klaren war. De Weck erwartete einen wüsten antisemitischen Feldzug, der das Volk von der ihm aufgezwungenen Erniedrigung ablenken sollte. Schon am 18. Juni bezeichnete de Weck die Kapitulation als vollständig. Deutschland halte es gar nicht mehr für nötig, einen Wechsel im Kabinettspräsidium zu verlangen. Die Deutschen wüssten, dass sie von der gegenwärtigen Regierung alles fordern könnten, und brauchten keine Zeit damit zu verlieren, neue gefügige Minister zu suchen. Der Zusammenbruch Frankreichs habe den Fall Rumäniens eingeläutet. Es sei begreiflich, dass die Regierung sich bemühe, ihre Politik nach den vollendeten Tatsachen einzurichten, und niemand hätte das Recht, ihr das vorzuwerfen, vorausgesetzt, es geschehe mit einem Minimum von Anstand; aber, seufzte de Weck, das gegenwärtige Schauspiel sei ekelerregend.

Um die vollständige Anpassung an die neuen Verhältnisse zu erreichen, gründete der König mit Dekret vom 21. Juni die neue und totalitäre Nationalpartei, deren «Führer» er wurde. Alle Männer und Frauen Rumäniens mussten sich ihr anschliessen. Wer es nicht tat, verlor sein Bürgerrecht. Die Angehörigen der Minderheiten trugen sich in besondere Listen ein, was bedeutete, dass ihre Organisationen fortbestehen würden. Einzig die Juden wurden heimat- und rechtlos. Mit diesen Massnahmen, meinte de Weck, wolle der König der Gefahr vorbeugen, dass man ihm einen Diktator entgegenstelle; Diktator wolle er selber sein. Den gleichen Absichten entsprach es, dass Carol II. Horia Sima<sup>50</sup> empfing, der seinen Kameraden empfahl, sich der Nationalpartei anzuschliessen. Der König war nun der Gefangene der Leute, die ihn hatten umbringen wollen und die zwei Regierungspräsidenten ermordert hatten. De Weck fragte sich besorgt, ob das Volk sich nicht bald gegen denjenigen erheben werde, den es als Urheber dieser Fallitpolitik betrachte<sup>51</sup>.

Am 26. Juni übergab Molotow dem rumänischen Gesandten in Moskau ein Ultimatum, worin er der rumänischen Regierung 24 Stunden gewährte, um der Abtretung ganz Bessarabiens und der Nordbukowina – sie hatte nie zu Russland gehört, war aber mit ruthenischer Bevölkerung durchsetzt – zuzustimmen. Es blieb nur Kapitulation. Im offiziellen Communiqué wurde sie kaschiert: Der Kronrat, vom Wunsche beseelt, mit der UdSSR friedliche

49 De Weck an Pilet-Golaz, Bukarest, 3. und 6. Juni 1940, Politische Berichte Nr. 29, 30.

50 Horia Sima (geb. 1906), ungarischer Ministerpräsident 1944–1945.

51 De Weck an Pilet-Golaz, Bukarest, 26. Juni 1940, Politischer Bericht Nr. 31.

Beziehungen zu unterhalten, habe den Entscheid der Regierung gutgeheissen, die Sowjetregierung zu bitten, ihr Ort und Datum für eine Zusammenkunft der Delegationen beider Länder anzugeben, um die russische Note zu besprechen. In Wirklichkeit fand gar keine Besprechung statt. Am Morgen des 28. Juni telephonierte der schweizerische Konsularagent in Cernauti, russische Truppen hätten die Grenze überschritten und würden allernächstens in der Hauptstadt der Bukowina erwartet; zweifellos sei die Besetzung Bessarabiens auch im Gang. Die Russen hatten, nach allgemeiner Auffassung, den günstigen Augenblick benützt, da die Deutschen nach dem französischen Feldzug ihre Truppen zur Weiterführung des Kampfes gegen Grossbritannien neu ordneten und deshalb im Gebiet des Schwarzen Meeres nicht aktiv eingreifen konnten<sup>52</sup>.

Deutschland rührte auch später keinen Finger zum Schutze Rumäniens. Die vielen Konzessionen an die deutschen Nationalsozialisten, die wiederholten Bücklinge vor Hitler hatten den Rumänen rein nichts genützt. Das Grossrumänische Reich und seine Neutralität brachen kläglich zusammen.

52 De Weck an Pilet-Golaz, Bukarest, 29. Juni 1940, Politischer Bericht Nr. 32.